



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

590 (21.12.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207040](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207040)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung frei ins Haus ...
Preis: 1,20 M. pro Woche, 4,80 M. pro Monat, 12,00 M. pro Vierteljahr, 48,00 M. pro Halbjahr, 96,00 M. pro Jahr.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Bei Drucklegung die Fl. Seite Nr. 96...
Anzeigenpreis: 1,20 M. pro Zeile, 4,80 M. pro Woche, 12,00 M. pro Monat, 48,00 M. pro Halbjahr, 96,00 M. pro Jahr.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Die Vorbereitungen für Paris

Berlin, 21. Dez. (Von unsem. Berl. Büro.) Im Reichsfinanzministerium ist heute die unterbrochene Besprechung mit den Sachverständigen aus der Bankwelt und der Industrie wieder aufgenommen worden.

Englische Vorarbeiten für die Pariser Konferenz

Wie der Berichterstatter des „Petit Parisien“ aus London meldet, geht das englische Schachmat die Arbeiten für die Pariser Konferenz am 2. Januar wieder fort. Sir John Bradburn beschäftigt sich gemeinsam mit den englischen Sachverständigen lebhaft mit dieser Aufgabe.

Die Reise Baldwins nach Amerika

Berlin, 21. Dez. (Von unsem. Berliner Büro.) Aus Paris wird der B. J. gemeldet: Der Berichterstatter des Petit Journal in London macht eine Reihe von Angaben über das Programm für die Reise des englischen Schachmats Baldwin nach Washington.

Folgende Vorschläge

machen wird: Großbritannien ist gewillt, die deutschen Bots der Serie C anzunehmen, was Frankreich entsprechend erleichtert wird; indessen wird die Bedingung gestellt, daß Frankreich in keiner Form in die Angelegenheiten eingreift, daß es keinen Teil des deutschen Territoriums wieder besetzt noch zu besetzen droht, daß es einem langfristigen Moratorium für die Reparationen zustimmt u. die endgültige Festlegung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Summe annimmt.

Deutschland soll zur Kohlenwahrung übergehen

Der „Tempo“ bespricht in einem Leitartikel die von Deutschland unternommenen Anstrengungen für eine Festlegung der Kohle. Verschiedene deutsche Bankinstitute wollten Anteile ausgeben, die durch die Getreide-Ernte gedeckt würden. Das Blatt fragt, ob Deutschland keine wichtigeren und praktikablere Hilfsquellen als die Roggen- und Weizen-Ernte hat.

Deutschland im Meerengenauschuß

Zu der Frage eines deutschen Sitzes im Meerengenauschuß, die in dem russischen Meerengenplan gefordert wird, hat der Führer der russischen Abordnung Tschitscherin dem Vertreter des B. J. Erklärungen gegeben, die lauten: Wenn man einen internationalen Ausschuß gründe, dessen Aufgabe es ist, in der internationalen Ausschüsse in den Meerengen mitzuwirken, so ist es selbstverständlich eine Notwendigkeit, daß auch Deutschland mit seinen großen Handelsinteressen im Schwarzen Meer an diesem Ausschuß beteiligt ist.

Elsass-Lothringen und Frankreich

Auf Grund der Erklärung des französischen Ministers für Elsass-Lothringen, Colrat, daß er die Frage des Straßburger General-Kommissariats mit seinen Ministerkollegen einer eingehenden Prüfung unterziehen werde, deren Ergebnis er in zwei bis drei Monaten vorlegen zu können hoffe, ist nunmehr bei jedem Ministerium in Paris ein Beamter ernannt worden, bei dem das Stadium aller Fragen vereinigt werden, die sich auf die gesetzgeberische Verschmelzung und Verwaltungsangliederung Elsass-Lothringens beziehen.

Streik im Kammerauschuß für Elsass-Lothringen

Der Kammerauschuß für Elsass-Lothringen bei der Delegierten-Kammer, dessen stellvertretender Vorsitzender in der letzten Zeit vormaliger sozialistischer Abgeordneter Uhrig ist, hat seine Sitzungen nicht wieder aufnehmen können, da die elsass-lothringischen Abgeordneten und mehrere Mitglieder der Rechten ihre Drohung auszuführen, sich an den Verhandlungen dieses Ausschusses nicht mehr beteiligen zu wollen, solange Uhrig darin mitwirkt. Ehe sie den Sitzungslokal verließen, erklärte laut „Recherches“ der Lothringer Francois im Namen seiner Kollegen, sie würden sehr mit „schlagenden Beweisen“ vorgehen.

Der französische Militarismus

Generalleutnant a. D. Schwarte beschäftigt sich im „Lok.-Anzeiger“ mit „Frankreichs Waffnung“. Schwarte weist vor allem auf die soldatenmäßige Schulung in den französischen Schulen hin, an die sich ohne Unterbrechung sofort eine Vorbereitung für den Militärdienst anschließt.

Denn geht Schwarte auf die technischen Kampfmittel ein. In Zukunft gehören zu der französischen Infanterie auf Friedensstand 14 Landregimenter zu je drei Bataillonen zu je mindestens drei Kampfzügen, zur Artillerie neben 48 Regimentern mit Pferdezug 18 Feld- und drei schwere Regimenter auf Kraftwagen, neun schwere Regimenter mit Kruppkanonen, 2 Eisenbahnartillerieregimenter und an Luftstreitkräften 2 Aufstiegsdivisionen mit 19 Fliegerregimentern und mindestens 3000 Frontflugzeugen und zwei Luftschiffregimentern mit 19 Kompagnien.

Bei der Beschreibung der Ferngeschütze wird zunächst darauf hingewiesen, daß Frankreich die in den Kriegen Völkerverletzung vorwärts, obwohl die beschlossenen Die Dünkirchen, Nancy, Toul und Paris Festungen waren. Im Anschluß daran wird die französische Begründung gebracht. Darin heißt es, Frankreich könnte, selbst wenn es das ganze Rheinland räumen sollte, das Rheinland, seine Städte und die des westlichen Industriegebiets zerstören. Man könnte dies einwenden, daß dies gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen verstoße. Es ist aber zweifellos erlaubt, nach einer Räumungsaufforderung an die Einwohner die militärischen Anlagen einer Stadt zu zerstören. Das entspricht doch dem in jedem Band üblichen militärischen Vorgehen gegen Aufständische. Man erstrebt aus diesen Worten den Wechsel in der französischen Auffassung.

Ein Schießplatz für schwere Artillerie soll am Kanal angelegt werden. Frankreich will, so äußert sich der französische Generalinspektor der Artillerie von der schwersten Artillerie im zukünftigen Krieg rückwärtslos Gebrauch machen. Frankreich wird also, wenn es will, in der Lage sein, nicht nur ganz Süddeutschland bis nach Bayern hinein und das deutsche westliche Industriegebiet, sondern auch die ganze Südküste Englands zu beschleichen.

Die militärische Belastung der Pfalz

Auf eine Anfrage im Landtage teilte das bayerische Staatsministerium des Inneren mit, daß in der Pfalz für Belagerungszwecke an Land 215 Hektar Gelände, das bereits vor und während des Krieges von der deutschen Regierung als Übungs-, Exerzier- und Schießplätze benutzt wurde, beschlagnahmt ist. Die bisher entstandenen Kosten belaufen sich auf insgesamt 493 000 M. Ferner sind beschlagnahmt 30,38 Hektar Sportplätze, die bereits früher diesem Zwecke dienten. Die bisher entstandenen Kosten sind 240 000 M. Dazu kommen an neuen Beschlagnahmungen:

1. für fertiggestellte neue Flugplätze 127,13 Hektar besten Ackerlandes mit einem Kostenaufwand von bisher 70 380 000 M.;
 2. für einen Flugplatz, einen Übungsplatz und einen Bombenabwurfplatz, die zurzeit in Ausführung begriffen oder geplant sind, 525 Hektar, und zwar zum größten Teil Wald, meist Buchen- und Eichenbestände, zum anderen Teil aus bestem Ackerland. Die Kosten sind veranschlagt mit 439 Millionen M.;
 3. für verschiedene Zwecke wie Munitionslager, Friedhöfe- und Fliegerbarackenplätze 5 Hektar Land, die insgesamt 12 272 M. jährliche Pacht und an Kosten bisher 121 000 M. erforderten.
- Weiter sind beschlagnahmt 14 öffentliche Gebäude des Reiches, der Länder und der Gemeinden vollständig, außerdem 157 Zimmer, an öffentlichen Gebäuden 33 Schulküchen, ein Kino vollständig, eines teilweise, 11 Fabriken vollständig, 13 einzelne Fabrikräume, 4 Turnhallen, 48 Ställe, Schuppen, Garagen usw., 14 andere Bauten vollständig, 88 teilweise, eine Kirche vollständig, eine teilweise. Die vom Reich hierfür bisher aufgewendeten Kosten, die sehr erheblich sind, können nicht angegeben werden, weil die Reichs-Verwaltung nicht über sämtliche Unterlagen verfügt. Um die beschlagnahmten Gebäude bzw. Räume von der Beschlagnahme freizumachen, werden errichtet 37 Bauten, wie Kaserne, Benzindepots, Bürogebäude, Munitionslager, Brotschneidmühle usw. Der Kostenanschlag beläuft sich zurzeit auf 1 357 277 000 M. Für obige Zwecke sind bereits aufgewendet oder nach den Voranschlägen noch aufzuwenden 1 867 511 993 M. Der Betrag reicht aber angesichts der Wertsteigerung der weitem nicht aus und berücksichtigt nicht die jährlichen Ernteaussfälle, die zurzeit mit jährlich 20 Mill. M. eher zu niedrig als zu hoch angegeben sind.
- An sonstigen Quartieren sind beschlagnahmt 808 Wohnungen vollständig mit 3787 Zimmern, außerdem 514 Einzelzimmer. Zur Entlastung werden gebaut 571 Wohnungen für Offiziere, 329 Wohnungen für Unteroffiziere. Die Kosten hierfür sind zurzeit auf 2 771 853 000 M. veranschlagt.
- Die Antwort des Ministeriums fügt hinzu, die Belastung fordere die obigen Leistungen auf Grund des Artikels 8 des Rheinlandsabkommens, der im wesentlichen die Unterbringung der Truppen und die Inanspruchnahme militärischer Anlagen und Einrichtungen regelt. Während die deutsche Reichsregierung den Standpunkt vertritt, daß das Reich nur verpflichtet sei, bestehende militärische Anlagen und Einrichtungen der Befehlshaber zur Verfügung zu stellen, hat die Rheinlandkommission den Artikel 8 des Rheinlandsabkommens ständig dahin ausgelegt, daß das Reich die in genanntem Artikel aufgeführten militärischen Anlagen und Einrichtungen, darunter auch Kinos, Sport- und Erholungsplätze in dem für die Bedürfnisse der Befehlshaber erforderlichen Maße bereitzustellen und zu unterhalten, gegebenenfalls also auch neu zu erstellen habe. Dabei gibt die Rheinlandkommission dem Artikel 8 häufig noch eine ausgebreitere Auslegung. So hat sie z. B. eine Anforderung der Armee auf Ueberlassung von Gebäuden und Gelände für eine Bandwundschule außerhalb der Pfalz, in der Befehlshaberangehörige unterrichtet werden sollen, als unter die in Artikel 8 des Rheinlandsabkommens übernommene Verpflichtungen des Reiches fallend bezeichnet.
- Bei sämtlichen Anforderungen, die dem deutschen Standpunkt widersprechen oder irgendwie die Interessen der Bevölkerung wesentlich beeinträchtigen, werden von der Reichsregierung und von dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete bei der Rheinlandkommission ausführliche Vorstellungen erhoben. Diesen Vorstellungen war bisher in ganz wenigen Fällen ein Erfolg beschieden, zumal über die Notwendigkeit und den Umfang der Anforderung der Kommandierende General der Rheinarmee und nicht die Rheinlandkommission entscheidet. In einzelnen, ganz besonders schwerwiegenden Fällen wurde vom Reich auch der Weg der diplomatischen Verhandlungen beschritten, wie es scheint, mit kaum besserem Erfolg.

Der ehemalige französische Botschafter Graf de Mouy

Der ehemalige französische Botschafter Graf de Mouy, einer der letzten noch lebenden Teilnehmer am Berliner Kongreß vom Jahre 1878, ist im Alter von fast 90 Jahren in Paris gestorben.

Blinder Eifer schadet nur

Der „Vorwärts“ hat einige unangenehme Stunden durchzumachen gehabt. In der Morgenausgabe vom letzten Freitag (Nr. 591) hatte er in seinem Hof gegen alles, was mit der jetzigen Regierung im Zusammenhang steht, einen Beitaufschlag gebracht, und zwar zur Ausänderung, mit der Unterüberschrift „Krieg den Schiebern! Friede den Arbeitern!“ Darin wurde heftig zu den Schiebern! Friede den Arbeitern! Darin wurde heftig zu den Schiebern! Friede den Arbeitern! Darin wurde heftig zu den Schiebern! Friede den Arbeitern!

Zum Unglück für den Vorwärts blumte aber die Sache nicht. In einem zweiten Aufsatz vom Montag Abend, den der „Vorwärts“ selbst bringen mußte, wurde er darüber belehrt, daß die Forderung nach einer zurechnungsfähigen Kontrolle und Einschränkung des Einflusses ausländischer Arbeiter seit Jahren gerade zum Schutz und im Interesse der deutschen Arbeiterschaft von den freien Gewerkschaften erhoben worden ist. Der „Vorwärts“ muß sich dabei bescheiden lassen, daß diese Auffassung des deutschen Volkes darstelle, das bei der Wiederholung einer solchen Arbeitsreise nicht instand sein werde, die deutschen Erwerbstätigen über Wasser zu halten. Der Kern der von der Reichs-Verwaltung geplanten Verordnung besteht nicht, wie der „Vorwärts“ in seinem ersten Aufsatz behauptet hatte, in einem Verbot, ausländische Arbeiter in Deutschland zu beschäftigen, sondern es sollen alle Betriebe, die ausländische Arbeiter beschäftigen, mit Rücksicht auf den deutschen Arbeitsmarkt einer Genehmigungspflicht unterworfen werden. Hieron sollen ausländische Arbeiter, die bereits vor einem bestimmten Tage in Deutschland arbeiteten, also hauptsächlich hier gebildete russische Kriegsgefangene, nicht betroffen werden.

Diese Zurechnung ist eine sehr bittere Bille für das amtliche Organ der Sozialdemokratischen Partei, das sich von einem Gewerkschaftler vorhalten lassen muß, eine von der Regierung geplante Maßnahme liegt im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, gerade wenn sie sich gegen die ausländische Konkurrenz wendet. Die für den Internationalismus begeisterten Herrschaften in der Redaktion des „Vorwärts“ werden also künftig ihrem Eifer Zügel anlegen müssen.

Sozialdemokratischer Abstimmungsschwindel

Die sozialdemokratische „Frankfurter Tagespost“ berichtet ausführlich über eine Abstimmung in Koburg, wobei sich die Mehrheit der Koburger für eine Trennung von Bayern ausgesprochen habe. Die vorgeschlagene Abstimmung durch Unterschriften-Sammlung und die angeblichen Abstimmungsbestrebungen sind nichts weiter als eine sozialdemokratische Täuschung. Es wurde von sozialistischen Agitatoren in den letzten drei Tagen ein laubverdrängendes Flugblatt in ganz Koburg verbreitet, das mit unmaßvollen Beschuldigungen und übertriebenen Versprechungen zur Trennung von Bayern aufforderte. Die Generale für die Vorbereitung dieses Aufrufs war das von der sozialdemokratischen Partei erworbene Volksheim in Koburg. Der Aufruf ist in der Druckerlei des sozialdemokratischen „Koburger Volksblattes“ hergestellt worden. Jeder Koburger weiß, daß das Geld und die treibenden Kräfte für die Bewegung aus Großhüringen stammen. Charakteristisch ist, daß der Aufruf von niemand unterzeichnet und sogar der Name der Druckerlei verschwiegen ist. Die Unterschriften-Sammlung ist ein unkontrollierbares, absolut wertloses parteipolitisches Spiel, mit dem die sozialdemokratischen Abgeordneten Mitglieder im Landtag gegebene Parole „Los von Bayern“ weitergetragen werden soll. Tatsache ist, daß die Mehrheit des Koburger Volkes von Großhüringen nichts wissen, sondern bei Bayern bleiben will.

Tatsache ist, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung Großhüringens die Bewegung für eine Loslösung von Thüringen von Tag zu Tag an Umfang und Stärke zunimmt. Die Sozialdemokratie nennt alle die, die für eine Loslösung von Thüringen eintreten, Landesverräter. Damit hat sie auch die von ihr geleitete und ins Werk gesetzte Abstimmungstaktik in Koburg selber charakterisiert. Gegen die Verbreiter des Flugblattes wird kraftschlüssig vorgegangen werden.

Letzte Meldungen

Ein amerikanisches Hilfswerk für Deutschland

Frankfurt, 21. Dez. Wie ein New Yorker Funkpruch der „Frankf. Zeitung“ meldet, hat eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten, darunter Speyer, Warburg und Heckscher, ein umfassendes Hilfswerk für Deutschland eingeleitet, das vornehmlich den Kindern, den akademischen Jugend und dem Mittelstand zugute kommen soll. Man erstrebt einen dauernden Geldstrom aus den ganzen Vereinigten Staaten.

Berlin, 21. Dez. Der Arbeiter-Kongress fand heute nacht seine verheiratete Köchler Frau Hertel in ihrer Wohnung Brandelstraße im Südosten Berlins an Händen und Füßen gefesselt mit einem Lohschwert im Munde tot im Bett. Zwischen dem Mörder und seinem Opfer fand anscheinend ein Kampf statt.

Brüssel, 21. Dez. Die Zeitungen teilen mit: Als nach dem Waffenstillstand zu port zurückgezogen wurde, brachten Spekulanten Millionen, vielleicht sogar Milliarden nach Belgien, die sie zu 63 Centimes gekauft haben und wofür sie 1 Franken 25 Centimes forderten. Alle Staatsbankrottanten Belgiens sind jetzt damit beschäftigt, diesen Betrügern auf die Spur zu kommen. In Brüssel werden 2500 verdächtige Fälle untersucht.

Baden-Baden, 20. Dez. Der hiesige Stadtrat hat mit der Bundeselektrizitätsverwaltung (Badenwerk) einen Nachtrag zum Stromlieferungsvertrag abgeschlossen, durch welchen eine Annullation an den veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht werden soll. Aus dem Nachtrag ergibt sich, daß an das Badenwerk für Stromlieferung eine jährliche Mehrzahlung von rund 60 Millionen Mark gegen den bisherigen Zustand entrichtet werden muß. Auf die künftige Entwicklung der Strompreise wird die Vertragsänderung von erheblichem Einfluß sein.

Messen und Ausstellungen

Osteuropäischer Wiederaufbau

Der Wiederaufbau Osteuropas ist eine Aufgabe, an der mitzuarbeiten Deutschland verpflichtet ist. Die weitestgehende wirtschaftliche Lage auf den Handelsverkehre mit Rußland, Polen, Litauen, Letland, Estland und Finnland angewiesen ist. Der Osten Europas ist der zukünftige Absatzmarkt für deutsche Fabrikate und das Betätigungsfeld für deutsche Ingenieure und Techniker. Der Osten Europas ist aber für Deutschland auch die Bezugsquelle für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Diese Erkenntnis muß Gemeingut aller deutschen Kaufleute werden. Sie hat bereits sich durchgesetzt in der Hohen- und Messstadt Königsberg i. Pr. Hier haben die Organisationen ihren Sitz, die der deutschen Industrie und dem deutschen Handel den Weg ebnen zum Osten. Hier führt die Deutsche Ostmesse Königsberg Pr. jedes Jahr zweimal die Kaufleute Deutschlands und des östlichen Auslandes zu einer Warenmustermesse und die Handelsreisenden zum Osten zu einer landwirtschaftlichen Ausstellung zusammen. Hier wird die Osteuropäische Holzmesse alle halbjährigen Deutschen und der Oststaaten veranlassen. Alle Voraussetzungen sind hier für ein Ausfließen des Ostgeschäftes gegeben. Der Flughafen sowie der im Bau befindliche Handels- und Industriehafen geben neue hervorragende Verkehrsbedingungen. Die Stadt Königsberg Pr., die von jeher auf den russischen Handelsverkehr einseitig ist, hat nach dem Kriege mit Erfolg die Beziehungen zu den Randstaaten wieder aufgenommen und sich für den zu erwartenden neuen deutsch-russischen Handelsverkehr gerüstet. Wer aber in Zukunft miternten will, der muß jetzt schon mit Hand anlegen und das Feld bestellen. Die Arbeit ist nicht leicht, aber notwendig. Der Lohn wird nicht ausbleiben.

Städtische Nachrichten

Was ist und will die Notgemeinschaft?

Die Not in Mannheim ist groß. Das Publikum weiß aber zu wenig davon, weil sie nicht zur Schau getragen, sondern verheimlicht wird und zwar oft solange, bis die Betroffenen der Bergweilung anheimfallen und es zur Hilfe zu spät wird. Solcher Leute, die nicht in öffentlicher Fürsorge stehen, die aber betreut werden müssen, wenn sie nicht in Not und Elend verfallen sollen, will sich die Mannheimer Notgemeinschaft annehmen. Sie wendet sich mit ihrer Hilfsaktion vornehmlich an die „Neuen Armen“, deren bedrängte Lage in den Zeitverhältnissen begründet liegt. Aber sie tut es so, daß es für die der Hilfe Bedürftigen nicht schwer wird, die dargebotene Hand zu ergreifen. Die Notgemeinschaft wendet um das Vertrauen der Spender und der zu Betreffenden und sie wird es zu rechtfertigen wissen. Alle Kreise der Bevölkerung sind in ihr vertreten. Ohne Unterschied der Partei, des Glaubens und des Berufes haben sich Männer und Frauen in ihr zusammengeschlossen, weil durch das Ziel: Helfen, wo Hilfe am notwendigsten ist. Die Pflichten der Notgemeinschaft stehen außerhalb der bestehenden Fürsorgeeinrichtungen. Das Hilfswort der Notgemeinschaft wird sich individuell auf jeden einzelnen Fall einstellen. In erster Linie ist an eine einmalige größere Zuwendung zur Abstellung dringendster Not gedacht, auch an Zuschüsse zu Heizkosten, Darlehensgewährung etc. Erste Pflicht der Mitarbeiter der Notgemeinschaft ist Diskretion und erste Voraussetzung einer fruchtbringenden Tätigkeit ist das Entgegenbringen von Vertrauen seitens der in Not geratenen Familien und Einzelpersonen. Wer sich nicht direkt an die Notgemeinschaft wenden will, die in L. 3, 1 (Räume der Sozialen Frauenhilfe) jeden nachmittags von 3 bis 5 Uhr eine Sprechstunde abhält, kann dies auch schriftlich oder durch Vermittlung von Vertrauensleuten tun. Auf Art und Umfang der Hilfe wird das ohne Einfluß sein. Immer wird sich die Notgemeinschaft bemühen, wirklich durchgreifend zu helfen, und sie tut dies aus dem Gefühl der Pflicht und der Verantwortlichkeit heraus.

In anderen Städten ist die Notgemeinschaft oder die „Winterhilfe“, wie das Hilfswort auch genannt wird, schon Sache jedes im Erwerbsleben stehenden Mitbürgers geworden. Auch in Mannheim muß das so werden. Der kleinste Beitrag zur Sammlung ist willkommen, wenn er nur von Herzen kommt. Was in Mannheim an Spenden eingehet, bleibt auch in Mannheim und wird reiflich Mannheimer Pflegekräften zukommen. Sammelstellen sind bei den Banken, sämtlichen Tageszeitungen, beim Verkehrsverein und bei der Geschäftsstelle der Notgemeinschaft eingerichtet. Spenden sind von den Verbänden in Mannheim schon reichlich geflossen. Auf Weihnachten erhofft man eine starke Vermehrung des Kreislaufes, die nach Rohabgabe ihrer Kräfte sich an dem Hilfswort beteiligen. Bis zur Erreichung der Summe, die z. B. Frankfurt a. M. für seine „Winterhilfe“ bis jetzt aufzubringen mußte, (über 100 Millionen Mark) ist noch ein weiter Weg.

Darum mögen alle diejenigen, die geben können, geben und die neuen Armen den direkten oder indirekten Weg finden zu der Stelle, die in der Lage ist, Hilfe und wirklich zu helfen, zur Mannheimer Notgemeinschaft.

Grundbuchamts-Gebühren und Geldentwertung

Die fortschreitende Geldentwertung hat im Gebührenwesen der badischen Grundbuchämter ganz unbillige Zustände verursacht. Die eintausenden Gebührendbeträge bedeuten nicht annähernd den von den Gemeinden zu leistenden Aufwand für den Betrieb der Ämter. In den größeren Städten des Landes müßte bereits im Monat November mit einem Zuschuß von mehreren Millionen Mark für jedes Amt gerechnet werden. Die Gebührenhöhe für Grundbuchgebühren sind in geradezu unmöglicher Weise hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben.

Besonders auffallend ist, daß die Gebühren im Grenzland Baden mit seinem besonderen Steuerungsgrad und dem steigenden Verkehrsgang an Ausländer weit hinter den Sätzen der anderen Freistaaten zurückgeblieben sind. Es geht selbstverständlich nicht an, daß der Uebertriebene des badischen Grundbuchwesens noch Vorstoß leistet, wird durch Gebührenhöhe, die noch nicht einmal die Befreiungskosten der betreffenden Amtshandlung decken und Zuschüsse aus der Tasche der Steuerzahler erfordern. Dies braucht unzulänglicher der Fall zu sein, als die erhöhten Gebührenhöhe sehr wohl von den zahlungsfähigen Beteiligten getragen werden können, zumal wenn es sich um Ausländer handelt.

Um diesen unbilligen Zuständen baldmöglichst ein Ende zu bereiten, haben sowohl der Stadtrat Freiburg als auch der badische Stadtrat und der badische Notarverein in dringender Eingabe beim badischen Justizministerium eine schleunige Erhöhung der Gebührenhöhe des Kostengesetzes beantragt. Es wird eine umgehende Erhöhung des Bauzinsfußes auf 100 Prozent der Gebühren im Verordnungswege vorgeschlagen und gleichzeitig eine zeitgemäße Herabsetzung des Kostengesetzes in dem Sinne gewünscht, daß eine schnelle Anpassung der Gebühren an den jeweiligen Geldwert — wenigstens in den Städten — in ähnlicher Weise wie bei der Reichsbahn oder den kommunalen Betrieben möglich ist. Das Justizministerium wird diese Anträge wohl alsbald verwirklichen, damit die Grundbuchämter nicht mehr länger um Recht der städtischen Steuerzahler Zuschüsse in Anspruch nehmen.

Der Unterricht im Hülbehilfsgesetz. Amlich wird uns gemeldet: Die außerordentliche Steigerung des Kohlen- und Eisenpreises hat den Aufwand für den Betrieb der hülbehilfsgesetzlichen derart vergrößert, daß die Unterrichtsursche, die für freiwillige Teilnehmer bisher unentgeltlich erteilt wurden, bis auf weiteres nicht mehr erteilt werden können. Da die Zulassung zu der vorgeschlagenen Hülbehilfsgesetzprüfung nicht von dem vorherigen Besuch eines solchen Lehrganges abhängig ist, so bleibt es dem Ermessen der Prüfungsleiter, in welcher Weise sie die für die Prüfung erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben wollen, sofern sie sich nicht schon während der Abwehrzeit oder als Schiedsrichter angeeignet haben. Tagelöhner zur Abnahme der Prüfung werden auch weiterhin noch beabachtet ausgeschrieben werden.

Von der Post. Infolge der Erhöhung der Postgebühren ist genau darauf zu achten, daß die Briefchen der Spender, insbesondere nach dem Ausland, genügend frankiert sind, da sonst hohe Rückgebühren in Frage kommen können. Die unzureichende Frankierung einer Sendung und die dadurch veranlaßte Erhebung von Rückgebühren hat erfahrungsgemäß vielfach zur Folge, daß die Empfänger die Annahme verweigern. Die Sendung kommt dann wieder an den Absender zurück, der verpflichtet ist, die Rückgebühren zu bezahlen, selbst wenn er die Sendung nicht mehr zurücknehmen will. Weihnachts- und Neujahrskarten können betriebsmäßig offen oder unter Umwidmung als Drucksaften verpackt werden und sind, wie im Fernverkehr, bei einem Gewicht bis 25 Gramm mit 5 M. frankieren. Dabei ist nachstehendes zu beachten: Die Karten müssen zunächst „gedruckt“ sein; Karten z. B. mit dem Aufdruck „herzlichen Glückwunsch“, dem handschriftlich die Worte „zum neuen Jahr“ hinzugefügt sind, können nicht als gedruckte Neujahrskarten im Sinne der Postordnung angesehen werden. Auf den Karten dürfen der Absendungsname und die Adressenangaben (Name, Stand, Wohnort und Wohnung des Absenders) mit höchstens fünf Worten oder mit den üblichen Anfangsbuchstaben Größe, gute Wünsche, Glückwünsche oder andere Höflichkeitsformeln handschriftlich oder mechanisch angegeben werden. Die Zusätze können auf der Vorder- oder auf der Rückseite der Karte angebracht werden. Die Adressenangaben werden in diese fünf Worte nicht eingerechnet. Da es sich ausschließlich um Weihnachts- und Neujahrskarten handelt, ist es gleichgültig, wann sie versandt werden, z. B. der gesellschaftlichen Sitte entsprechend einige Tage vor dem Wochentag und nach dem Feste. Entscheidend für ihre Zulässigkeit ist, daß sie nach Form und Inhalt als Weihnachts- und Neujahrskarten zu betrachten sind. Die Vergünstigung gilt auch im Zustandsverkehr.

Erhaltung des Nationaltheaters. Im Anzeigerblatt unseres heutigen Mittagsblattes veröffentlicht der Oberbürgermeister den neuen Mietvertrag zur Erhaltung des Nationaltheaters in seiner bisherigen Gestalt. Die Bedenken, die zahlreiche Freunde des Theaters gegenüber der ersten Fassung des Planes äußerten, sind nunmehr in Wegfall gekommen, da den Abonnenten die Preise, die sie für die einzelnen Plätze zu bezahlen haben, bezeichnet sind. Durch die Bekanntgabe der Preise ist jeder Mann in der Lage, zu entscheiden, ob seine Mittel eine Unterstüßung des Theaters im Spieljahr 1923/24 gestatten oder nicht. Es liegt im Interesse unserer Schillerkinder und deren historischer Vergangenheit, daß das Mietangebot des Oberbürgermeisters recht viele Liebhaber findet, damit der Fortbestand des Theaters für die nächste Spielzeit gesichert erscheint. Im übrigen verweisen wir auf die Anzeigen.

O Straßenbahn! Die Große Berliner Straßenbahn, die im Gefolge ihrer Betriebspolitik und ihrer damit parallel gehenden ständig wachsenden Unterabteilung in neuer Zeit vielfach angegriffen wurde, erhielt anlässlich ihrer jüngsten Preissteigerung die folgende Widmung, die man ebensogut auch der Mannheimer Straßenbahn ins Stammbuch schreiben kann:

„O Straßenbahn, o Straßenbahn —
Wohin soll das noch kommen?
Du führst so Leck zur Sommerzeit,
Vier auch im Winter, wenn es schneit,
O Straßenbahn, o Straßenbahn —
Wann wird die Pleite kommen?“

Eigentlich ist die Pleite in Form von Millionen-Betriebsverlusten schon da.

Hochwasser. Der Rheinhof ist seit alterem um nahezu einen halben Meter gestiegen, der Rheinhof dagegen um 10 Zentimeter gesunken. Vom Oberlauf des Rheins wird stark fallender Wasserstand gemeldet, so daß der Rhein bald wieder seine normale Wasserhöhe haben wird.

Marktbericht

Heute war die Zufuhr zu dem Wochenmarkt sehr gut. Das bedingte die hohen Felerträge. Auch das Geschäft war allenthalben sehr lebhaft. Von der Bergstraße waren vor allem recht stattliche Mengen von Lauch und Sellerie gekommen. Am Geflügelmarkt war der Handel mit Gänsen sehr lebhaft trotz der stark erhöhten Preise. Notiert wurden:

Kartoffeln per Pfund 10 M., Spinat per Pfund 30—40 M., Birling p. Pfd. 25—30 M., Rottkohl per Pfd. 35—40 M., Gaudensalat per Stück 15 M., Fenchel p. Pfd. 120 M., Sellerie per Stück bis zu 70 M., Zwiebeln p. Pfd. bis 50 M., rote Rüben per Pfund bis 25 M., gelbe Rüben per Pfd. bis 25 M., Wenzel per Pfd. bis 40 M., Birnen per Pfd. bis 40 M., Eier per Stück 80—90 M., Butter per Pfund 17—18 M., Hosen per Pfd. 600 bis 700 M., Reh per Pfd. 600—700 M., Gänse lebend per Stück bis 9000 Mark, Gänse geschlachtet per Pfd. 12—1300 M. J. G.

Aus dem Lande

Tr. Ludenburg. 20. Dez. In nachkommener Woche hat der Vorstand des Turnvereins (Gottl. Müller) Ludenburg 1878 E. L. der Sommerfeste der „Reckar-Bergstrah Post“ den Betrag von 4400 Mark für die Notgemeinschaft zugesichert. Der nächste Turnrat hat für die Notgemeinschaft bei der letzten Mitgliederversammlung gesammelt und außerdem von der Vereinskasse einen Beitrag dazu gegeben.

Karlsruhe. 20. Dez. Einem Fahndungsbeamten ist es gelungen, einen 18 Jahre alten Kaufmann von hier, der seinem Arbeitgeber etwa 2828 000 M. zur Bank bringen sollte, in dem Augenblick festzunehmen, als er mit einem 16jährigen berufslosen Mädchen von hier, mit dem Gelde flüchtig gehen wollte. Es stellte sich heraus, daß der Bursche die Absicht hatte, mit dem Mädchen nach Frankfurt zu fahren. Von dem Geld waren bereits 13 000 M. für einen Koffer, eine Briefkassette und Juden in den verschiedensten Lokalen der Stadt verausgabt worden. Das übrige Geld konnte wieder beigebracht werden. Der Kaufmann und das Mädchen wurden verhaftet.

Der Weihnachts-Verlobungs-Anzeiger

des Mannheimer General-Anzeigers
erscheint am 23. Dezember
in der Abend-Zeitung
Das Anzeigenfeld (18x46 mm) kostet M. 300.—
Gef. Bestellungen bitten wir uns
frühzeitig übermitteln zu wollen.
Die große Verbreitung durch den M.G.A.
ist zugleich die billigste!

Die lachende Maske

Roman von Paul Oskar Höder
Copyright by J. Engelhorn's Nachf.

33) (Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

„Fürstbar sind nur die Mächte,“ schrie er. Aber er führte keine Empfindungen nicht weiter aus. Daran bewahrte ihn sein Weib und dem Bruder. Er wußte, daß die mindestens so schwer litten wie er.

Hella las in den Geschichten der Nachbarschaft, in denen sie ihre kleinen Einkäufe besorgte, täglich den Anzeiger der Tagesblätter, um auf die Spur von ein paar Schülern zu kommen. Hunderte von Angeboten aller Art von Lehrkräften fanden sich da — selten, daß eine Gesangslehrerin verlangt wurde.

Einmal wurde eine Dame zum Musizieren und Vorlesen in neueren Sprachen gesucht. Sie beherrschte Französisch, Englisch und Italienisch. Ihre gute Aussprache war von ihren Lehrern, auch von Thomas, stets gelobt worden. Also stellte sie sich vor. Eine nervöse junge Frau in Wanne, die gleich ihr im Frühommer ihrer Niederkunft entgegen sah, ließ sich aus Eitelkeit von allem gesellschaftlichen Verkehr zurückgezogen, langweilte sich, suchte Gesellschaft und engagierte sie.

Die Wege dahin waren bei weitem anstrengender für Hella als der Dienst, den sie nur als Spielerei empfand. Frau Wannen zog dem Musizieren und der Lektüre ein bißchen Frauenlaich vor.

Ihre kleinen Erlebnisse da draußen schickte Hella ihrem Mann brieflich. Sie blieb in jeder Nacht ein paar Stunden noch, um ihm zu berichten. Aber die Alltagsmühen schrieb sie ihm nicht. Jedes bißchen Sonnenchein, das von draußen in ihr graues Leben hereinblitzte, nahm sie wahr, um seinen Strahl in der dampfenden Zelle reflektieren zu machen. Zum Beispiel hatte sie ein Lied von ihm auf diesem Konzertprogramm gelesen, in jener Zeitung war sein Name in irgendeiner ehrenvollen Verbindung genannt. Darüber berichtete sie ihm, daran träufelte sie neue Hoffnungen.

Bald sah sie sogar einen kleinen Erfolg ihrer unvergagten Aufmunterung: ein Mädchen über einen losen Tag von Ludwig Fuchs sprach ihm unter dem Eindruck eines hellen, fast übermütigen Briefes war ihr eingefallen. Er hatte es sogleich zu Papier gebracht und

schickte es ihr. Sie trug es nun zu dem ersten Vertreter, mit dem ihr Mann in Verbindung gestanden hatte. Der Empfang war freilich nicht ermutigend. Sie sollte es dasessen, sagte der alte Herr, der morgens seiner Hämorrhoiden wegen stets verstimmt war. Sie zeigte sich sehr energisch. Nein, dazu wäre keine Zeit vorhanden. Da stünde ein Klavier, sie wolle es ihm vorsingen. Uns Himmels willen — nein, dafür habe er jetzt keine Zeit, ließ es. „In vier Minuten ist der Schmerz überstanden,“ rief Hella, sich zum Vorn zwingend. „Es ist doch kein Oratorium!“ Die dröckig herausfordernde Art der jungen Person krocherte den behäbigen Herrn. Hella hatte so leichte Lieber, die einen pikanten Einfluß belassen, nie geübt. Es war ihre Absicht gewesen, einfach die Melodie und den Text klar wiederzugeben. Aber sie merkte: hier bedurfte es schärferer Mittel. Trotzdem sie innerlich vor Angst zitterte — auch im Gedanken daran, Thomas erlöse sie von dieser agitatorischen Tätigkeit seiner „Gisa“ — ließ sie alle Teufelchen springen. Es war ein „Eidwaden“ in Dialogform. Sie suchte „ihm“ und „sie“ recht flott und übermütig zu charakterisieren. Zum Schluß, als der Herr einlechte, fiel ihr plötzlich ein, die Melodie mit geschlossenem Munde mitszusprechen. Das wirkte sehr pikant — es ließ eine besondere Fortsetzung ahnen, die der Text verweigern —, und der Vertreter, der seinen Leberstich am Kontorisch verlor, schloß sich mit beiden Ellbogen auf den Hüften und beobachtete sie schmunzelnd. „Sie haben's so faust-dick hinter den Ohren, Sie kleine Frau!“ sagte er. Er wollte das Manuskript leihen, schoberte aber lange. „Kader!“ sagte der alte Herr schließlich. Er kniff ihr ins Auge. Sie sollte es noch einmal singen. Nun rief er seinen Kompanionen dazu. „Wenn der Brandt seine verstaubte Kammermusik ließe und mal eine richtige Operette schreiben wollte — das laßt und klappt ja ans allen Kotendpfen!“

Das Geschäft war glatt erledigt, das letzte Bleiben glanzvoller bezahlt, als je ein solches Werk von Thomas Brandt. Hella schrieb ihrem Mann ganz beglückt: er solle sich doch zu seinen goldenen Humort nicht rauben lassen!

Aber als vierzehn Tage später ein neuer Einfall folgte, mochte sie sich doch nicht mehr nach dem Verlagskantor. Sie geniernte sich, da sie glaubte, daß ihr Zustand ihr jetzt schon anzusehen sei. Frau Wannen bestritt es freilich. In zwei, drei Monaten läßen sie beide ihrer jüngerer Stunde entgegen.

Der Vertreter schied, er erwartete sie. Nun fand sie einen faden, humoristischen Ton, um ihm zu erwidern. Ein paar mal glug es ihm und her. Schließlich setzte Hella den Preis durch. Heinz war er-

staunt, nach hellos Schilderungen sogar bedenklich; er meinte: wenn Thomas eine Ahnung hätte, er würde den alten Herrn auf der Stelle massakrieren. „Ein Grund mehr, um einen Rund darüber zu halten,“ sagte sie.

Eines Abends erlebte Hella eine große Aufregung. Sie kam später als sonst aus Wanne zurück, in der Villenstraße war es ganz einsam, nur ein einzelnes männliches Wesen begegnete ihr und sprach sie an. Sie blieb arglos stehen, weil sie der Meinung war, der Fremde erbiete eine Auskunft. Da trieben ihr seine Reden aber die Schamröte ins Gesicht; sie wandte sich ab und setzte ihren Weg eiliger fort. Doch der Fremde blieb neben ihr, wurde immer unerschämter, umschloß sie — voll Ekel riß sie sich los, fiel dabei zu Boden und schrie um Hilfe. Schimpfend entfernte er sich nun. Hastig erhob sie sich und wie gejagt eilte sie heim.

Von dieser Stunde an hatte sie große Schmerzen zu ertragen. Sie wagte am andern Tage das Haus nicht zu verlassen und entschuldigte sich bei Frau Wannen brieflich. Schließliche mußte sie den Arzt kommen lassen. „Vor allen Dingen Ruhe und Schonung,“ sagte der. „Sonn können Sie Unglück haben — oder wenigstens um ein ungetrübtes Glück kommen.“

Über ihre Rettungsgeschichte schrieb sie ihrem Mann nichts, um ihn nicht zu beunruhigen.

Da traf die Vorladung zu ihrer mündlichen Vernehmung am 2. April ein. Heinz lief zum Arzt und besprach den Fall mit ihm. Die Reife sei unter diesen Umständen mit Gefahr für Mutter und Kind verbunden, meinte er. So setzte sich denn Heinz mit dem Rechtsanwalt Bernheim in Verbindung.

Die Gattin des Angeklagten konnte sowieso nicht verurteilt werden. Und der Kammerlanger bestritt nicht, auf der Probe bei Kroll während und nach der Aufführung des „Koblenstein“, der jungen Sängertun — er habe sie mit einer älteren Kollegin verwechselt — die „Kritik“ erwiegen zu haben, die den Kapellmeister so sehr in Harnisch versetzt hatten. So brauchte weder Anklage noch Verurteilung auf das persönliche Erscheinen der Zeugin zu bestehen.

Sollte der Gang der Verhandlung ergeben, daß ihre Reife hierher doch noch mündlichswert wird, so telephoniere ich Ihnen vom Gerichtsgedäude aus,“ schrieb Doktor Bernheim. Er beruhigte im übrigen die junge Frau: seiner Meinung nach stünde die Angelegenheit ihres Mannes durchaus nicht so schlimm.

(Fortsetzung folgt)

Theater und Musik

Musik und Kunstpflege im Oberrhein. Der Ungunst der Zeiten zum Trotz... Die Oberrheinische Musikgesellschaft...

Kunst und Wissenschaft

Prof. Ulrich Wilken, der hervorragende Papyrologe und Vertreter der alten Geschichte an der Berliner Universität...

Literatur

Die Furcht des Volkes ist seine Sehnsucht und sein Liebes... Ein Weihnachtsmärchen ist Egon Hillenbergs...

Gute Bücher für Weihnachten

in der großen, überaus gut und reichhaltig sortierten

Bücherabteilung Schmoller.

Dresdner Bank. Außerordentliche Generalversammlung. Dienstag, den 9. Januar 1923, mittags 12 1/2 Uhr...

Lissy Feibelmann Leopold Kahn Verlobte Mannheim Friedrich Karler, 2 Mannheim Bruchsal

Anker-Registrier-Kasse. Offene Stellen. Jüngerer II. Dekorateur. Kontoristin.

Kaufe. Jedes Quantum Lampen, Altcisen, Metalle, Papier, getr. Kleider u. Schuhe...

Geschäfts-Verlegung. Der geehrten Kundschaft und sämtlichen Autobesitzern zur Kenntnis...

Preuß.-Süddentsch. Klassenlotterie. 1256 Millionen Mark Hauptgewinn...

Stellen-Gesuche. Junger Mann, Anfang 20er Jahre, sucht Stellung als Lager-Verwalter.

Haus. In Rheinauhausen, schön, mit angeschlossenem Bungalow...

2 Büro-Räume. sofort zu vermieten. Baunternschwung Carl Brandt, Luisenring 27.

Brennerei-Haarkrankheit. Diese schwere Haar- und Bartkrankheit...

Stenotypistin. sucht für per 1. Januar 1923 zu verändern.

Heirat. Ich bin ein Mann, 28 Jahre alt, mit einem Einkommen...

Juwelen, Uhren. Eheringe Gold- u. Silberwaren. H. SOZNOWSKI, E 2, 9.

Kauf-Gesuche. Gebrauchte Biertransport-Fässer, Bierlager-Fässer, Bottiche.

Billigstes Licht der Welt. festes (im Verbrauch) 100-250 W. nur ca. 10 Pf.

Drucksachen. Gebr. Wirtschaftsherd. Wir haben 10 bis 12 Tankwagen.

Prima frische Gänse-Lebern. von Stappgännen tosten jedes Quantum zu Tagespreisen.

Wer hobelt. Kegeleäder und fräst Schneckenräder. Grobeiss Mannheim-Waldhof.

Wir haben 10 bis 12 Tankwagen. (Jahreswagen mit Benzin) von 1200-2500 Liter Fassungsvermögen abzugeben.

Eugen Lacroix & Co. Straßburger Gänseleberpastet.-Fabrik. Frankfurt a. M., Grunhofstraße 1.

Verloren. Tulla-Armbanduhren. verloren. 5 gute Stück abzugeben.